

Liebe Genossinnen und Genossen.  
liebe Freunde und Gäste!

In Berlin auf dem Alexanderplatz steht eine Ausstellung zur sogenannten friedlichen Revolution.

Als wir am letzten Sonnabend in Berlin gegen einen Aufmarsch von Neofaschisten protestierten, bin ich auf dem Wege zur Gegendemonstration daran vorbeigegangen. 100 Meter weiter, am Berliner Fernsehturm, standen – wieder einmal gut geschützt durch die Polizei - die Faschisten. Man konnte schon auf der anderen Seite der Bahntrasse Bruchstücke ihrer Reden hören.

Doch nicht wenige ausländische Touristen, Leute aus dem fernen Westen, aus dem Norden oder Süden des Landes, aber sicher auch Berliner Bürgerinnen und Bürger standen mit ihren Kindern vor den Schautafeln der Ausstellung. Als ginge sie die Dinge, die sich in ihrer unmittelbaren Nähe ereigneten, nichts an. Als wäre das immer frechere und gewaltsamere, staatlich weitgehende geduldete Auftreten der Neofaschisten keine Bedrohung. Als wäre dies kein Zeichen für eine gefährliche, reaktionäre Entwicklung des Landes.

Nun, ich meine nicht, dass die Propagandashow auf dem Alex unmittelbare Ursache dieser Gleichgültigkeit war. Nein, ich bin der Überzeugung, dass bei manchen Betrachtern der Ausstellung und auch bei jenen, die in die Kaufzentren am Alex strömten, hinter dem scheinbar gleichgültigen Verhalten auch tiefe Unsicherheit und Angst vor der Zukunft steht. Das hat etwas mit der realen, immer unsicherer werdenden Lebenssituation vieler Menschen zu tun. Das verstärkt sich. Für viele werden die Auswirkungen der Krise für die Mehrheit der Menschen im Land erst allmählich deutlich.

Da steht möglicherweise – anders als vor 20 Jahren in der DDR – für nicht wenige Menschen im Land unvermittelt und ohne große Absicherung die Frage der sozialen Existenz, des sozialen Absturzes. Also eine reale Bedrohung. Und das prägt das Verhalten des Wegsehens, des Sich-Nicht-Einmischens.

Vor allem in diesem Kontext hat die Ausstellung auf dem Alexanderplatz – wie unzählige andere, wie Medienbeiträge und Unterrichtsstunden an den Schulen – aber durchaus eine Funktion in der heutigen Gesellschaft: Denn aus der dort zu erlebenden Darstellung des Endes der DDR, wie sie auch bei anderen Ausstellungen, in Publikationen usw. zu erleben ist, folgt die Behauptung, es gäbe keine Alternative zum Kapitalismus: Die DDR, die Alternative sein wollte, sei ja gescheitert, habe gezeigt, dass eine andere Gesellschaft nicht möglich sei, ein Engagement dafür also völlig sinnlos.

Wenn man den Leuten einreden will, es gäbe keine Alternative zum heutigen System, zu den heutigen Verhältnissen, dann muss man natürlich jene Alternative, die mit ihren Vor- wie Nachteilen real existiert hat, die vergleichbar war mit heutigen Verhältnissen zudem besonders verteufeln, möglichst völlig delegitimieren.

Um dies den Leuten einzutrichtern läuft derzeit eine große Propagandaaktion. Auch weil man feststellen musste, dass im Land die Kritik an den herrschenden Verhältnissen wächst, die DDR – vor allem ihre sozialen Errungenschaften - gerade unter den Menschen in Ostdeutschland in der Erinnerung vielfach positiv gesehen wird.

Die Ausstellung auf dem Alexanderplatz ist da nur ein „Tropfen“ in einem Meer anti-kommunistischer Propaganda. Dabei werden 60 Jahre BRD als alternativlose Erfolgsgeschichte dargestellt, die DDR düster, fortschrittsfeindlich und als Unrechtsstaat, als

„zweite Diktatur“, schlimmer noch als die Zeit des Faschismus vom 1933 bis 1945. Verschwiegen werden die Ursachen für Faschismus und Krieg, verdrängt wird die Rolle des deutschen Großkapitals bei der Machtübertragung an Hitler 1933, bei der Kriegsvorbereitung und Führung des Krieges.

Die Propaganda hat also noch ein Ziel: Die faschistische Vergangenheit der Bundesrepublik Deutschland zu relativieren, bestehende Kontinuitäten zu verschweigen.

Und mit der geschichtlichen Wahrheit nimmt man es auch deshalb bei diesen Propagandakampagne schon gar nicht genau.



Wohin das führt, hat der Bundespräsident hier in Leipzig vor einer Woche vorgeführt, der dann vom Pfarrer Führer und selbsternannten „Bürgerrechtlern“ verteidigt wurde.

Köhler hatte in seiner Rede bekanntlich die sogenannte friedliche Revolution des 1989er Herbstes gewürdigt, die „Helden von Leipzig“ gefeiert. „Deutschland dankt den Helden von Leipzig“, schrieb die BILD-Zeitung am 10. Oktober und Präsident Köhler erklärte auf dem Festakt, der 9. Oktober lehre: Die Gesellschaft besitze so viel Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie wie sie sich täglich erkämpfe. An diesem Tag und in den 20 Jahren danach hätten die Menschen in Leipzig gezeigt, „was Bürger bewegen könnten, wenn sie sich zusammenschließen und ihr Schicksal selbst gestalten.“

Das war die **erste Lüge**, über die sich fast niemand aufgeregt hat.

Da gab es die Aktionen im März und Mai. 100 000 waren auf der DGB-Demo am 16. Mai gegen die Abwälzung der Krise auf die abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen. Und es hätten noch viel mehr sein können. Zehntausende waren in Frankfurt am Main am 5. September bei den Protestaktionen der IG Metall. Vor allem bei den gewerkschaftlichen Protesten gab es nicht wenige antikapitalistische Losungen.

Da gab es den großen Bildungsstreik im Juni – und der nächste wird vorbereitet.

Am 5. September diesen Jahres demonstrierten in Berlin 50 000 Menschen für den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergiegewinnung. - Bei den Koalitionsverhandlungen geht es unbeeindruckt davon und von Mehrheitsmeinungen im Land um den Ausstieg aus dem Ausstieg, um die deutliche Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke.

Am 12. September gingen mindestens 20 000 gegen Grundrechtseinschränkungen, gegen Online-Überwachung, Vorratsdatenspeicherung usw. auf die Straße. - Und bei den Koalitionsverhandlungen hat sich die angebliche Bürgerrechtspartei FDP mit CDU und CSU bereits auf Kompromisse geeinigt.

Die große Mehrheit der Menschen im Land findet die sozialen Verhältnisse im Land ungerecht, eine Mehrheit ist für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

All diese Meinungen und Proteste werden weitgehend ignoriert. Die neue Regierung wird letztlich Schritt für Schritt durchsetzen, was die Vertreter der Unternehmerverbände fordern, auch wenn sich hier Differenzen zwischen verschiedenen Kapitalvertretern – vor allem über das Tempo der Umsetzung der Forderungen - zeigen. Doch noch scheut man den direkten Konflikt.

Die neue Schwarz-Gelbe-Regierung wird die sozialen und demokratischen Rechte weiter einschränken, die Kriegseinsätze der Bundeswehr ausbauen. Um den voraussehbaren Protest einzudämmen, werden Sicherheitskonzepte und die zivil-militärische Zusammenarbeit weiterentwickelt und wird der Inlandseinsatz der Bundeswehr vorbereitet.

Was scheren da heutige Mehrheitsmeinungen?

Für Köhler waren allein die Leute in Leipzig von 1989 „Helden“.

Doch viele gingen – und das hat Köhler eben nicht erwähnt - im Herbst 1989 auf die Straße, weil sie – vielleicht manche auch nur noch zunächst, nur noch für kurze Zeit - einen besseren Sozialismus in der DDR wollten, mit mehr Ehrlichkeit, mit mehr direkten Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, mit mehr kontroversen, offenen Diskussionen, einen Sozialismus ohne Bevormundung. Weil sie auch – voller Illusionen - im Weg Gorbatschows eine Möglichkeit für die Erneuerung des Sozialismus sahen.

Weder am 9. Oktober in Leipzig noch am 4. November 1989 in Berlin waren auf den Demonstrationen jedoch Forderungen zur Abschaffung des Sozialismus und der DDR, zur Einführung des Kapitalismus zu hören.

Lothar de Maizière, der nach den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 letzter Ministerpräsident der DDR wurde, erklärte noch am 19. November 1989 in einem Interview mit „Bild am Sonntag“: „Wenn sie glauben, dass die Forderung nach Demokratie zugleich die Forderung nach Abschaffung des Sozialismus beinhaltet, dann müssen sie zur Kenntnis nehmen, dass wir unterschiedlicher Auffassung sind.“

Aber die objektiven Folgen des Handelns, des Demonstrierens vieler für einen besseren Sozialismus, waren letztlich andere.

Hierbei zeigte sich, wie Recht Friedrich Engels hatte, als er 1890 in einem Brief an Joseph Bloch auf die notwendig zu analysierenden historischen Ausgangs- und Begleitbedingungen des Handelns der Menschen verwies und weiter schrieb, dass das Endergebnis eines historischen Prozesses „stets aus den Konflikten vieler Einzelwillen hervorgeht, wovon jeder wieder durch eine Menge besonderer Lebensbedingungen zu dem gemacht wird, was er ist; es sind also unzählige einander durchkreuzende Kräfte, eine unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus eine Resultante – das geschichtliche Ergebnis – hervorgeht“.

Und im „Neuen Forum“, im „Demokratischen Aufbruch“ und anderen Gruppen, in Bürgerkomitees, in den Kirchen – auf die im Herbst 89 nicht wenige setzten - gab es eben auch andere, die die Situation in eine ganz andere Richtung nutzen. Sie wurden unter anderem unterstützt von Kräften in der Bundesrepublik (aber nicht nur aus diesem Land), für die im Laufe der Entwicklungen in der Sowjetunion und dann in der DDR eine Veränderung der gesellschaftlichen Grundlagen und damit die Verwirklichung ursprünglicher Pläne des Roll-Backs des Sozialismus immer erreichbar wurde.

Und dies gewann mit zunehmender Destabilisierung und Infragestellung der DDR-Ordnung zunehmend an Gewicht.

Hinzu kam, dass die sowjetische Partei- und Staatsführung unter Gorbatschow zu diesem Zeitpunkt die DDR schon aufgegeben hatte.

Hans Modrow schrieb 1998 noch sehr zurückhaltend: „Mit dem Wissen von heute scheint es ... gerechtfertigt zu behaupten, dass die offizielle Moskauer Politik in Bezug auf die DDR und Deutschland als Ganzes mindestens seit 1989 Züge von Heuchelei und Doppelzüngigkeit aufwies.“ (Hans Modrow, Die Perestroika, wie ich sie sehe) Es gibt inzwischen Veröffentlichungen von Protokollen und Recherchen, die dies noch eindeutiger belegen.

Köhler hat vor einer Woche in Leipzig auch erklärt: „Der 9. Oktober war ein großer und glücklicher Tag der deutschen Geschichte. Liebe Landsleute, viele von Ihnen waren damals dabei – danke. Sie können für immer und ewig stolz darauf sein. Danke!“

Er hat dabei etwas vergessen. Das war die **zweite Lüge**. Er vergaß hinzuzufügen: „Danke im Namen der Deutschen Bank, von Siemens, ThyssenKrupp, Mercedes, BMW und der vielen anderen“, in deren Sinne er gemeinsam mit Sarrazin und anderen 1989/90 im Auftrag der Kohl-Regierung die schnelle Währungs- und Wirtschaftsunion vorbereitete, die im Interesse des Großkapitals zur Zerstörung eines großen Teils der DDR-Industrie, zu Massenarbeitslosigkeit, zur Abwanderung von Millionen – vor allem junger Menschen – führte und bis zum heutigen Tag den größten Teil Ostdeutschlands in ein Mezzogiorno verwandelte.

Und Köhler erzählte bekanntlich **drittens** Schauergeschichten: Am 9. Oktober 1989 hätte in Leipzig das Wort von der „chinesischen Lösung“ die Runde gemacht. Köhler: „Vor der Stadt standen Panzer, die Bezirkspolizei hatte Anweisung, auf Befehl ohne Rücksicht zu schießen.“ Köhler weiter: in der Leipziger Stadthalle hätten Blutplasma und Leichensäcke bereitgelegt usw. Entsprechend gruselig wurden die Leipziger Ereignisse 20 Jahre zuvor in den Medien präsentiert.

Einigen Mitarbeitern des Mitteldeutschen Rundfunks fiel zuerst auf, dass Köhlers Darstellung der Ereignisse in Leipzig nicht stimmten. Das wurde zur Nachricht.

Es ist unglaublich, welche „Eiertanz“ danach folgte. Jedenfalls kann man Köhlers unveränderte Rede nach wie vor auf der Internetseite des Bundespräsidenten finden.

Ich frage mich aber, wie es der Mehrheit jener 70 000 Leipziger, die am 9. Oktober 1989 demonstrierten, wohl heute gehen mag, wie viele von ihnen nur wenige Monate nach dem 9. Oktober 89 schon arbeitslos waren oder es heute sind. In Leipzig Stadt und Leipzig Land gab es – wie in allen neuen Bundesländern – eine schnell ansteigende Arbeitslosigkeit. Ende 1990 waren im Arbeitsamtsbezirk Leipzig bereits fast 35 000 Menschen arbeitslos, ein Jahr später über 48 000. Bis zum Jahr 2000 stieg die Arbeitslosenquote auf 17,7 Prozent.



Liebe Genossinnen und Genossen.  
liebe Freunde und Gäste!

Wir benennen im Programm der DKP die Ursachen für die Niederlage des Sozialismus in Europa und das Ende der DDR. Entscheidend waren neben den historischen Voraussetzungen und äußeren Bedingungen der wirtschaftliche Rückstand und die mangelnde Produktivität der DDR-Volkswirtschaft im Vergleich zur Bundesrepublik, obgleich die DDR noch 1989 zu den 20 stärksten Industrienationen der Welt gehörte. Der vor allem auch historisch und teilungsbedingte wirtschaftliche Rückstand zur Bundesrepublik konnte – trotz eines beachtenswerten Wachstumstempos der Volkswirtschaft der DDR – nicht aufgeholt werden. Wesentlich für die Niederlage waren auch Demokratiedefizite, mangelnde Reisefreiheit und manches mehr. Auf einige der damit zusammenhängenden Probleme werden sicherlich andere Redner ausführlicher eingehen.

Aus den begangenen Fehlern müssen Linke für die Zukunft Schlussfolgerungen ziehen. Dabei steht die DKP nach wie vor eindeutig für Sozialismus, für die Notwendigkeit der grundlegenden Umwälzung der bestehenden Verhältnisse. Und wir stehen zur DDR.

Im Programm der DKP heißt es zu den Leistungen und Erfolgen der DDR: „Die Deutsche Demokratische Republik hat unter Führung der SED der Macht des deutschen Imperialismus Grenzen gesetzt. Vier Jahrzehnte lang war in einem Teil Deutschlands die Herrschaft der Monopole und Banken beseitigt. Die Befreiung vom Faschismus hatte dem deutschen Volk günstige Möglichkeiten für die Schaffung einer antifaschistisch-

demokratischen Ordnung in ganz Deutschland eröffnet. Allerdings wurde diese Chance in konsequenter Weise nur im östlichen Teil, in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR, genutzt.

Mit der DDR entstand auf deutschem Boden eine sozialistische Alternative zum deutschen Imperialismus. Die DDR, ihr konsequenter Antifaschismus, ihr Eintreten für Frieden, Entspannung und Abrüstung sowie die Verwirklichung elementarer sozialer Grundrechte gehören zu den größten Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung und sind Teil des humanistischen Erbes in Deutschland.“

Wir wissen aber auch: Spätestens Mitte der 80er Jahre stagnierte die gesellschaftliche Entwicklung, nahmen gesellschaftliche Widersprüche zu, wuchs die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Als die Regierung der UdSSR unter Gorbatschow im Sommer 1989 die DDR „aufgab“, war deren Schicksal endgültig besiegelt.

Am 2. Oktober 1990 trat die DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bei. Dies war der negative Endpunkt einer Entwicklung, die von den Ereignissen im Sommer und Herbst 1989, in denen nicht wenige Bürgerinnen und Bürger der DDR zunächst noch für Umgestaltungen in ihrem sozialistischen Land auf die Straße gingen, über die Grenzöffnung am 9. November 1989 zu den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 geführt hatte.

Die Wirtschafts- und Währungsunion Anfang Juli 1990 bedeutete bereits die Besitzergreifung der DDR durch die BRD, die Auslieferung Ostdeutschlands an das große Kapital, die totale Unterordnung ohne Chance auf eine eigene, selbstbestimmte Entwicklung. Die Eigentums- und Machtfrage war zugunsten der großen Monopole, Banken und Versicherungen entschieden, die überhaupt kein Interesse daran hatten, mögliche Konkurrenten in Ostdeutschland zu erhalten. Der 2-plus 4-Vertrag, die Beitrittserklärung, der Einigungsvertrag waren nur noch die politische und juristische Ausgestaltung der tatsächlichen machtpolitischen Tatsachen.

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion, der am 3. Oktober die politische Union, also die staatliche Annexion folgte, waren für die Bürger der DDR, aber auch für viele Lohnabhängige in den westdeutschen Ländern verheerend. Das mit dem Beitritt vogelfrei gewordene Volkseigentum der DDR wurde mit Hilfe der Treuhand systematisch ausgeplündert und verteilt. Die „Gewinner“ waren vor allem die westdeutschen Banken, Versicherungen und Konzerne. Noch niemals zuvor gab es in der Geschichte der Bundesrepublik so viele neue – westdeutsche - Millionäre wie nach 1990.

Der Gesamtprozess wurde geprägt durch

- das Überstülpen der bundesdeutschen Wirtschafts-, Eigentums-, Rechts- und politischen Ordnung,
- die Schaffung entsprechender rechtlicher Ausnahmeregelungen für Ostdeutschland bzw. bestimmte Teile der ostdeutschen Bevölkerung per Einigungsvertrag bzw. durch entsprechende Gesetzgebungen des Bundestages,
- die rigorose Liquidierung fast aller Institutionen und Regelungen, die die DDR hervorgebracht hatte: von der Organisation wissenschaftlicher Forschung über die Kultur und das Bildungswesen bis hin zum Gesundheitswesen,
- die Enteignung und Ungleichbehandlung der Ostdeutschen: mit den Angriffen auf die Bodenreform, mit der bis heute anhaltenden Rentenungerechtigkeit und der nach wie vor ungleichen Entlohnung in Ostdeutschland.

- die rücksichtslose Missachtung aller bewahrenswerten Erfahrungen und Ansätze für die Lösung sozialer Probleme sowie für die Gleichberechtigung der Geschlechter,
- die Dominanz westdeutscher Kapital-Interessen bei wichtigen, den Osten der Bundesrepublik betreffenden Entscheidungen, insbesondere bei der Privatisierung des Volkseigentums durch die Treuhandanstalt, die fast vollständige Ablösung der Eliten in allen Bereichen der Gesellschaft, in Politik und staatlicher Administration, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

Folge ist, dass hier eine im Vergleich zu Westdeutschland rückständige Wirtschaftsregion entstanden ist. Auch bei anderer Wirtschaftspolitik wird sich dies kurz- oder mittelfristig nicht ändern. Claus Noé, Oskar Lafontaines früherer Finanzstaatssekretär, erklärte in der „Frankfurter Rundschau“ am 12. Februar 2000: „Es gibt keine Prognose und auch keinen ernsthaften Grund anzunehmen, dass sich bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik der Aufholprozess wieder einstellen würde.“

Neun Jahre später hat sich diese Situation nicht wesentlich verändert. Das Wachstum der Beschäftigungsquote in den neuen Bundesländern – so eine aktuelle DGB-Studie – ist vor allem durch die Zunahme von Teilzeitjobs und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen sowie durch die anhaltende Abwanderung junger Menschen – vor allem junger Frauen – bedingt.



Die Industrie der DDR wurde nach 1990 - bis auf einige wenige „Filetstücke“ - zerschlagen, staatliche sowie viele kulturelle Einrichtungen wurden „abgewickelt“. Von 840 Betrieben mit über 1 000 Beschäftigten im Jahr 1989 gab es im September 1992 nur noch 117. In den Jahren 1990 bis 1995 wurden in Ostdeutschland über drei Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Im Jahre 1997 war im Industriebereich nur noch ein Drittel der Menschen beschäftigt, die 1989 dort arbeiteten.

Ähnliche Prozesse vollzogen sich in der Landwirtschaft.

Von Juli 1990 bis Juni 1991 verdreifachte sich nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland auf 9,5 Prozent (Westdeutschland: 5,3 Prozent). Hinzu kamen rund 2 Millionen Kurzarbeiter (altes Bundesgebiet: 162 500).

Die Bundesanstalt für Arbeit richtete 1991 fast 300 000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ein.

Über 500 000 Beschäftigte waren 1991 Ost-West-Pendler: Sie arbeiteten im Westen, aber lebten im Osten.

Nur jeder zweite Schulabgänger fand 1991 einen Ausbildungsplatz in den neuen Bundesländern (in Westdeutschland kamen damals 100 Bewerber auf 110 Lehrstellen).

Tatsache bleibt auch, dass das wissenschaftliche und technische Potential der DDR weitgehend vernichtet, hunderttausende Universitäts- Hoch- und Fachschulabsolventen entlassen wurden.

Ihre Karrieren als Wissenschaftler wurden bewusst zerstört. Aus politischem Kalkül.

Aber auch, um unliebsame wissenschaftliche Konkurrenten auszuschalten bzw. die freiwerdenden Lehrstühle mit dem eigenen westdeutschen Klientel zu besetzen.

Fakt bleibt, dass in diesem wie in anderen Bereichen über viele Jahre per Entlassungen und "Abwicklungen", aber auch juristisch und politisch mit jenen "abgerechnet" wurde, die sich für die DDR, für den Sozialismus, aktiv engagiert hatten.

Im Zusammenhang mit der Zerstörung des wissenschaftlich-technischen Potentials der DDR möchte ich einige Zahlen mehr nennen, weil ich aus diesem Bereich komme und selbst „abgewickelt“ wurde:

Im Jahr 1988 gab es pro 10 000 Einwohner in der DDR und der BRD etwa gleich viele Wissenschaftler. Die DDR war ein entwickelter Industriestaat mit einem entsprechenden Bildungswesen. 1988 hatten 6,9 Prozent der beruflich tätigen Bevölkerung einen Universitäts- bzw. Hochschulabschluss, 1,1 Millionen hatten eine Fachschule absolviert.

Nach Angaben der DDR-Wissenschaftssoziologen Charles Melis und Hansgünter Meyer waren im Hochschulwesen, in der außeruniversitären Forschung, industrieller Forschung und Entwicklung, im Bereich wissenschaftlicher Dienstleistungen wie Bibliotheken und Museen sowie in wissenschaftlich-technischen Diensten 1989 insgesamt rund 280 000 – 290 000 Beschäftigte tätig. Darunter waren 104 000 bis 111 000 Wissenschaftler und FuE-Ingenieure.

Nach Angaben der Bundesregierung hatten im Dezember 1992 von den ehemaligen insgesamt **195 073** Beschäftigten in Forschung und Lehre nur noch ca. **23 600** eine Vollzeitstelle. Der Berliner Wissenschaftler Wolfgang Richter schrieb dazu im Vorwort zum zweiten Weißbuch der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. v. (GBM): „Ostdeutschland dürfte das Land mit der größten Intelligenzarbeitslosigkeit der Welt sein, das Land - unkt man schon - mit den gebildetsten Würstchenverkäufern auch. Merkwürdig ist schon, dass diese barbarische Abstrafung der Intelligenz eines ganzen Landes von ihr - und nicht nur von ihr - so widerstandslos hingenommen wurde ...“

Dieser Prozess der Ausgrenzung ist bis heute nicht beendet.

Aus Fordernden, die ihre Rechte laut Arbeitsgesetzbuch der DDR meist erfolgreich einklagen konnten, wurden im Laufe der Zeit immer mehr frühere Bürger der DDR zu Bittstellern und Almosenempfängern.

Seit 1990 hat die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland tiefe und auf lange Zeit unauslöschbare Spuren hinterlassen. Mit sehr konkreten und praktischen Folgen. Durch die Arbeitslosigkeit wurde ein großer Teil der zu DDR-Zeiten Beschäftigten vom Arbeitsmarkt und aus dem gesellschaftlichen Leben verdrängt. Die Arbeitslosigkeit diente darüber hinaus dazu in den Betrieben Arbeiterrechte forciert abzubauen.

Noch heute ist die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Jene, die Arbeit haben, müssen im Durchschnitt länger arbeiten und erhalten – auch aufgrund der fehlenden Tarifbindung vieler Unternehmen oder aufgrund entsprechender rechtlicher Regelungen – weitaus weniger Lohn als ihre Kolleginnen und Kollegen in Westdeutschland. So betrug laut DGB-Angaben (DGB-Studie, Oktober 2009) im Oktober 2006 der durchschnittliche Bruttostundenverdienst im Westen 17,22 Euro, im Osten waren es 13,51 Euro. Im längerfristigen Vergleich ist der Verdienstabstand zwischen Ost und West nahezu gleich geblieben. 1996 betrug er 27,1% und ist in 2006 sogar auf 27,4% geringfügig gestiegen.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist dabei wesentlich geringer als in den alten Bundesländern.

Die Ungleichbehandlung setzt sich fort bei der Anerkennung von Rentenansprüchen. Die Mehrheit der Ostdeutschen fühlt sich noch heute als Bürger zweiter Klasse – und wird auch so behandelt.

Zu den Folgen gehört auch, dass Sozialwissenschaftler bereits vor zehn Jahren feststellen mussten, dass sich etwa zwei Drittel der Menschen im erwerbsfähigen Alter „entweder in einer instabilen Erwerbsposition am ‚ersten‘ oder ‚zweiten‘ Arbeitsmarkt“ befänden oder „als (Langzeit-)Arbeitslose ganz und gar den Zugang zu Erwerbsarbeit zu verlieren“ drohten. Zudem entstand in den Jahren bis 1999 „eine breite Zone prekärer und instabiler Beschäftigung“ und die Marginalisierung bestimmter Gruppen der ostdeutschen Erwerbsbevölkerung gewann durch (Langzeit-)Arbeitslosigkeit rasch und deutlich an Kraft. (Vgl. Berthold Vogel: Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Konsequenzen für das Sozialgefüge und für die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Wandels. SOFI-Mitteilungen Nr. 27/1999, S. 16, Göttingen)

Die Mehrheit der ostdeutschen Erwerbsbevölkerung verlor ihre Position auf dem Arbeitsmarkt, Verloren gingen bisherige Sicherheit, Stabilität und Dauerhaftigkeit. Auch die Position jener, die noch in Normalarbeitsverhältnissen standen wurde verletzbarer und fragiler. Schon 1999 stellte Berthold Vogel auch fest: „Ein elementares Gefühl sozialer und beruflicher Unsicherheit reicht dementsprechend bis in relativ stabile und gut etablierte Kreise der Erwerbsbevölkerung hinein ... Nichts scheint mehr von Dauer zu sein und um die einmal erworbenen beruflichen und sozialen Positionen muss man nun dauerhaft kämpfen.“

Was damals für die neuen Bundesländer zutraf, gilt heute für die gesamte Bundesrepublik. In der aktuellen DGB-Studie „Der Arbeitsmarkt im Osten – 20 Jahre nach dem Mauerfall“ vom Oktober 2009 heißt es: „Atypische Beschäftigungsformen wie Befristungen, Leiharbeit, Mini-Jobs und Teilzeitarbeit oder Solo-Selbständigkeit haben das unbefristete Vollzeitverhältnis teilweise verdrängt. Atypische Jobs bringen den Beschäftigten oftmals weniger Sicherheit aufgrund von kurzfristigen Verträgen und/oder niedrigen Löhnen und sind deshalb vielfach prekär.“

Im Programm der DKP haben wir festgestellt, dass das, was damals vor allem im Osten Gültigkeit hatte, heute die gesamte Gesellschaft betrifft: „Nach einigen Jahrzehnten relativer Sicherheit kehrt nun eine Situation zurück, in der jeder plötzlich ein Verlierer, keiner sich seiner Sache mehr sicher sein kann. Viele Errungenschaften im Sinne von mehr Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen werden durch die neoliberale Politik zunehmend demontiert, infrage gestellt oder – im Zuge einer Angleichung nach unten – ins Gegenteil verkehrt.“

Zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte stehen die jungen Generationen schlechter da als die Generationen, die ihnen vorangingen. Der durch den Klassenkampf erzwungene Zusammenhang von Produktivitätsfortschritt und sozialer Entwicklung wird aufgehoben. Errungenschaften in der gesellschaftlichen Infrastruktur wie z. B. Kinderbetreuung und Bildung werden abgebaut und die Privatisierung öffentlichen Eigentums wird forciert. Es findet ein sozialer und zivilisatorischer Rückschritt statt.“

In diesem Prozess war Ostdeutschland eindeutig das Experimentierfeld für die Herrschenden. Und das Großkapital sah sich durch die Annexion der DDR auch im Westen Deutschlands in seinen Positionen gestärkt, es ging in West wie in Ost zum Generalangriff auf die in Jahrzehnten erkämpften sozialen Errungenschaften über, deren Abbau bis heute fortgesetzt wird. Schritt für Schritt werden die erkämpften Rechte der lohnabhängig Beschäftigten ausgehebelt. Mit Hartz-IV wurden Armut und Abhängigkeitsverhältnisse festgeschrieben, die an Formen der Leibeigenschaft oder gar der Sklaverei



erinnern. Damit einher geht die öffentliche Diskriminierung und Diskreditierung der Betroffenen durch Politik und Medien.

Wer von geringen Verdiensten oder Hartz-IV leben muss, kann kaum noch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen oder gar politisch aktiv werden.

Und all das bedeutet nicht nur die Missachtung der sozialen, sondern auch der politischen Grundrechte der Betroffenen.

Und die, die noch Beschäftigung haben, sind verunsichert, haben Angst. Wie ich schon eingangs erwähnt habe: Unter solchen Bedingungen ist es schwierig, Motivation und den Mut zu finden für die eigenen Rechte aktiv zu werden. Und es wird noch ein langer Weg nötig sein – in dem wir aktiv und ganz konkret wirken müssen – diese Angst und Unsicherheit zu durchbrechen.

„Der Polizeistaat kommt über die Arbeitslosigkeit“ – so antwortete im Jahre 1996 Ralf Dahrendorf, bürgerlich-liberaler Soziologe, Politiker und Publizist, in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ auf die Frage nach den Gefahren, die von der Arbeitslosigkeit für die Gesellschaft ausgehen.



Liebe Genossinnen und Genossen.  
liebe Freunde und Gäste!

Und trotzdem haben zunehmende soziale Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, fehlende Zukunftsperspektiven für viele junge Menschen, Kriegsgefahr, Ressourcenverknappung und Umweltzerstörung sowie die drohende Klimakatastrophe und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich selbst in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Kritik am Kapitalismus neu belebt. Es gibt eine wachsende Unzufriedenheit im Land, die Umfragen nur ungenügend widerspiegeln.

Konzepte zur Überwindung des Kapitalismus finden angesichts der Krise mehr Gehör. Sicher ist das keine Massenerscheinung. Und es gibt vereinzelt, aber zunehmend, anti-kapitalistische Positionen in außerparlamentarischen gesellschaftlichen Bewegungen.

Am 16. Mai konnte man auf der DGB-Demonstration in Berlin viele antikapitalistische Losungen lesen und die ver.di-Jugend trug gar den Kapitalismus zu Grabe – wie zuvor schon auf der Demonstration in Berlin am 28. März. Am 5. September erklärte die IG-Metall-Jugend: „Der Kapitalismus hat sich übernommen – jetzt übernehmen wir!“

Doch noch fehlt ein gemeinsames Zukunftsprojekt, die solidarische Verständigung über eine gesellschaftliche Perspektive und Alternative. Doch es gibt heute viel mehr direkte Anknüpfungspunkte für eine Debatte, auf welchem Weg der Kapitalismus überwunden werden und wie eine neue Gesellschaft aussehen kann.

Und da zeigt sich, dass vor allem im Osten der Bundesrepublik die Erinnerung an die DDR lebendig ist. Trotz der nun bald 20 Jahren anhaltenden antikomunistischen Propaganda zur Delegitimierung der DDR. Viele Leute sind störrisch, vergleichen, kritisieren, finden das kapitalistische System ungerecht. Sie wagen es sogar ihre Kinder zu beeinflussen.

Den Herrschenden im Land ist es nach bald 20 Jahre nicht gelungen, die Erinnerung an soziale Gerechtigkeit und Sicherheit, an die Friedenspolitik, an den Antifaschismus der DDR und vieles mehr zu tilgen.

Das wird meines Erachtens wichtig sein in den jetzt notwendigen und künftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen.